

Einzelplan 10
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Land-
wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13510

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2010 hatten wir ein Haushaltsvolumen von rund 776 Millionen €. Mittlerweile sind wir bei deutlich über 1 Milliarde € angelangt. Das ist eine Steigerung von 40 %.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Jahr 2010 hatte Ihr Haus, Herr Remmel, noch 395 Stellen. Im kommenden Jahr werden es 441 Stellen sein. Das sind allein hier 46 Stellen mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht werden die Kollegen der Grünen jetzt nicht mehr applaudieren; denn noch nie gab es mehr Beschäftigte in diesem Ministerium, und noch nie war der Anteil der Ministerialbeschäftigten am gesamten Personalbestand höher als während Ihrer Amtszeit.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Das Ministerium hat auch mehr Aufgaben!)

Die Sache ist: Nachhaltig zu wirtschaften bedeutet – so kenne ich diesen Begriff aus der Forstwirtschaft –, nicht mehr zu entnehmen als das, was auch nachwächst. Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet in meinen Augen somit, dass wir unsere Kinder nicht mit immer neuen Schulden belasten.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

46 Stellen Aufwuchs: Ist das nachhaltig für den Finanzhaushalt unseres Landes?

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Es kommt darauf an, wofür!)

Wir sehen also, dass Sie viele neue Stellen geschaffen und viel Geld im Haushalt verplant haben. Somit sind das viele Mittel, die Sie für die Land- und Forstwirte hätten einsetzen können. Schließlich sind es die Landwirte, die für unser aller Ernährung sorgen. Niemand muss sich Sorgen machen, dass der Teller leer bleibt; niemand muss Hunger leiden – ganz im Gegenteil.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nicht zuletzt ist der Agrarsektor einer der wichtigen Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum und bietet

viele Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es sind die Landwirte, die unsere Kulturlandschaft prägen – die Münsterländer Parklandschaft, die Landschaften des Niederrheins, die beeindruckende Eifel, das wunderschöne Sauerland, um nur einiges zu nennen. Wir alle können stolz auf das sein, was unsere Land- und Forstwirte hier geschaffen haben und bieten.

Von dieser vielfältigen Kulturlandschaft profitiert auch der Tourismus. Zum sechsten Mal in Folge hat dieser ein Rekordergebnis eingefahren – über 6 Millionen Übernachtungen allein im Sauerland, 3 Millionen in der Eifel. Das sind hervorragende Ergebnisse.

Fakt ist aber auch: Die Landwirtschaft steht derzeit unter massivem Druck. Vor wenigen Tagen wurden die Unternehmensergebnisse für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 veröffentlicht. Im Durchschnitt erzielte ein landwirtschaftlicher Betrieb ein Unternehmensergebnis von 37.600 €. Das sind 15,5 % weniger als im Vorjahr. Das ist dramatisch.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wer stellt denn den Bundeslandwirtschaftsminister?)

Dramatisch ist es vor allem deshalb, weil auch das Jahr davor massive Ertragseinbußen mit sich gebracht hat. Gerade in dieser schwierigen Situation wäre es also wichtig, dass die grünen Berufe bei Ihnen, Herr Minister, ein offenes Ohr finden, dass Sie ihre vielfältigen Möglichkeiten nutzen und dass Sie sich für die Menschen ins Zeug legen. Aber nichts ist passiert.

Von dem ungeheuren Stellenplus, dem deutlichen Aufwuchs des Haushalts in den letzten Jahren, haben die Landwirte und der ländliche Raum nicht profitiert. Gleiches gilt für die Waldbauern, den Gartenbau oder auch für die Jäger.

Und wie sieht es bei den Verbrauchern aus? Sind diese wenigstens Gewinner Ihrer Politik? Ich mache da einmal ein ganz großes Fragezeichen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Warum das denn?)

– Das erkläre ich Ihnen, Herr Rüße. – Ganz aktuell wollen Sie mit dem Ampelsystem die Hygienestandards jedes Bäckers, jeder Fleischerei und jedes Gastronomiebetriebs darstellen. Damit belasten und gefährden Sie aber genau diese familiengeführten Handwerksbetriebe im Lebensmittelbereich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind genau die Handwerksbetriebe, die auch noch regionale Spezialitäten erzeugen und diese vor Ort verkaufen. Niemand ist gegen guten Verbraucherschutz auf höchstem Niveau – wir nicht, die Bäcker nicht, die Metzger nicht und die Gastronomen auch nicht. Ihr Gesetz aber bietet lediglich eine

Scheinsicherheit, schafft eine Pseudotransparenz und belastet Betriebe und Kommunen unnötig.

Wir wünschen uns eine positive Kennzeichnung der Betriebe, die bereits jetzt weit überdurchschnittlich arbeiten. Warum sollen erst Betriebe mit gravierenden hygienischen Mängeln eine rote Ampel bekommen? Solche Läden müssen nicht verwahrt, sondern geschlossen werden. Das ist auch heute der Fall.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Wenn Ihnen die kommunalen Spitzenverbände, die betroffenen Betriebe und selbst die Lebensmittelkontrolleure ebenfalls ein so schlechtes Zeugnis ausstellen, dann sollte Ihnen das doch zu denken geben. Eine Anhörung findet doch statt, damit Sie auch darüber nachdenken.

Am Ende bleibt ein Haushaltsentwurf, in dem Sie Einnahmen durch ein Gefahrtiergesetz verbuchen, das noch nicht einmal existiert.

Das von Ihnen jetzt eingebrachte neue Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz verursacht zukünftig erhöhten Personalbedarf, steigende Kosten und weitere Schulden für das Land. Für alle Beteiligten bringt es wenig.

Wenn ich mir den ländlichen Raum anschau, dann erkenne ich nicht, dass dieser von Ihrer Politik profitiert hätte und profitieren würde. Infolgedessen werden wir diesem Haushalt natürlich nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsmittel, die wir im Einzelplan 10 bereitstellen, decken ein breites Themenspektrum ab. Wir reden dabei über Klimaschutz, neue Energien, Naturschutz, damit auch Erhalt der biologischen Vielfalt, gesunde Ernährung, Verbraucherschutz und last, but not least unsere Antworten auf die Frage, wie wir gemeinsam mit den Landwirten eine umweltschonende Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen entwickeln, so wie es die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wünscht.

Ich bin sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, mit der Vorlage dieses Haushalts sicherzustellen, dass wir diese Antworten, unsere Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen, auch finanzieren können. Dazu war es notwendig, den Einzelplan gegenüber dem Haushalt 2016 um fast 71 Millionen € auf nun knapp 1,1 Milliarden € aufzustocken. Ich bin davon überzeugt – ganz im Gegensatz zu Ihnen, Frau

Schulze Föcking –, dass jeder Euro davon wichtig und richtig ist und mit Sicherheit sehr gut investiertes Geld in die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder darstellt. Das ist präventive Politik im besten Sinne.

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Schuldenpolitik, ja!)

Vor knapp einem Jahr habe ich in meiner Rede ausgeführt, es sei Ziel unserer Politik, mit Ablauf dieser Legislaturperiode durch eine ausgewogene, aber lösungsorientierte Gesetzgebung den Lebens- und Wirtschaftsraum in Nordrhein-Westfalen so zu beeinflussen, dass es eine fortschrittliche Entwicklung auf dem Lande geben wird. Ich habe damals gesagt, dass es eine Gesetzgebung geben wird, bei der der Nutzen und der Schutz unserer Landschaft gleichermaßen zu ihrem Recht kommen.

Nun, ein Jahr später, kann ich nicht ohne Stolz feststellen, dass uns dies mit dem Landeswassergesetz und dem Landesnaturschutzgesetz in hervorragender Weise gelungen ist.

(Rainer Deppe [CDU]: Das nennen Sie ausgewogen?)

– Das ist so. Wie bitter notwendig unser Handeln ist, lieber Herr Deppe, zeigt doch die Entwicklung.

Ja, Sie haben recht, Frau Schulze Föcking; die Landwirtschaft steht unter Druck. Vor einem Jahr drohte uns eine Klage der EU-Kommission wegen eklatanter Versäumnisse beim Grundwasserschutz. Als Ursache für die hohen Nitratwerte in Deutschland und auch bei mir am Niederrhein gelten zu lasche Regeln für den Umgang mit Gülle und Kunstdünger. Nun hat die Kommission die Klage eingereicht, und die Bundesrepublik muss sich vor dem Europäischen Gerichtshof verantworten.

Im Fall einer Verurteilung muss Deutschland mit einer Geldstrafe rechnen. Die Höhe richtet sich nach der Dauer und Schwere des Verstoßes sowie der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Staates. Gegen Deutschland sind Strafen in sechsstelliger Höhe pro Tag möglich.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Wenn Sie weiterregieren, sind wir nicht mehr zahlungsfähig!)

Die Kosten gehen nicht zulasten der Verursacher, sondern der Steuerzahler muss sie tragen. Sie werden sozialisiert; das zahlt die Allgemeinheit. Deswegen hat das Land mit dem Wassergesetz und dem Naturschutzgesetz selbstverständlich richtig gehandelt.

Auch der Bund muss jetzt endlich seiner Verantwortung – es ist Ihr Minister – gerecht werden. Und was machen Sie hier? Sie schimpfen und zetern. Immer wieder kommt die alte Leier von den Regeln und Verboten, mit denen wir die Menschen in NRW und vor allen Dingen im ländlichen Raum angeblich lustvoll

piesacken. Mehr ist bei Ihnen nicht drin. Von einer Lösungsbereitschaft höre ich von Ihrer Seite überhaupt nichts. Das stelle ich weder im Land noch im Bund fest.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kürzlich fand eine Wahlkampfveranstaltung der CDU in meinem Wahlkreis statt. Dort hat der Kollege Schmitz

(Hendrik Schmitz [CDU]: Ja!)

– er ist auch anwesend; wunderbar – festgestellt:

„Es ist zu beachten, dass 80 Prozent der Messstellen unterhalb der strengen Werte liegen und dass sich die Klage zudem auf eine veraltete Verordnung bezieht – das weiß auch die EU.“

Die Klage geht also Ihrer Auffassung nach an der Realität vorbei. Die EU handelt wider besseres Wissen; alles halb so schlimm. – Sie ignorieren wieder einmal die Fakten und die Notwendigkeit, zu handeln.

Sie reden ständig davon – das wird auch gleich noch kommen, vermute ich einmal; so war es auch in der letzten Ausschusssitzung –, wir müssten die Spaltung in Nutzer und Schützer im ländlichen Bereich überwinden. Ich frage mich: Wie soll das denn gehen, wenn Sie die Anliegen des Umweltschutzes so gering schätzen und völlig ignorieren?

(Hendrik Schmitz [CDU]: Ach, hör doch auf! Lächerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, den Keil zwischen Nutzer und Schützer treiben Sie doch mit Ihrer ignoranten Haltung. Es muss eigentlich heißen: Schützt die Nutzer, und zwar vor Ihnen.

Hören Sie hier im Land wie im Bund mit Ihrer einseitigen Klientelpolitik auf, und tragen Sie mit dazu bei, dass das Lebensmittel Nummer eins, unser Trinkwasser, nicht weiter sehenden Auges so schwer beeinträchtigt wird.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Am wenigsten helfen Sie damit doch den Bäuerinnen und Bauern, die sich einer zunehmend kritischen Haltung der Gesellschaft gegenübersehen. Das ignorieren Sie völlig.

(Henning Höne [FDP]: Daraus wollen Sie politisches Kapital schlagen!)

Ich komme jetzt zu unseren Anträgen, mit denen die Regierungskoalition – wir haben nämlich Anträge vorgelegt, Herr Höne – noch einige zusätzliche Schwerpunkte im Haushalt gesetzt hat.

Ein wichtiger Antrag berücksichtigt zum Beispiel die technischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen und die einschneidende Folgen für die Situation der Menschen als Verbraucher haben. Wir erhöhen den Ansatz für

laufende Zwecke der Verbraucherverbände, damit diese die Interessen der Verbraucher im Zuge der Veränderungsprozesse besser wahrnehmen können.

Frau Schulze Föcking, Sie meinten, wir hätten nichts in die Richtung getan. Wir haben in Nordrhein-Westfalen für eine Finanzierung auf im Vergleich der Bundesländer gutem Niveau gesorgt und dies bis 2020 vertraglich sichergestellt. Das ist eine Menge. Es ist eine gute Entscheidung für den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben in den vergangenen Monaten Gespräche mit den Kleingartenverbänden geführt – mit dem Ziel, eine bessere, auskömmlichere und nachhaltigere finanzielle Ausstattung für das Kleingartenwesen zu erreichen.

Den daraus resultierenden Antrag für den Haushalt haben wir mit Mehrheit in der letzten Ausschusssitzung beschlossen. Sie haben leider nicht für ihn gestimmt, obwohl wir diesen Antrag so mit den Verbänden abgesprochen hatten. Wir haben versprochen, es so zu machen, und wir halten dieses Versprechen.

Nun komme ich noch zu den Personalaufstockungen beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, die auch gerade angesprochen wurden. Diese Anträge vollziehen eine dringend notwendige Anpassung an die Aufgaben des Landesamtes nach; denn die verheerende Personalausdünnung von Schwarz-Gelb mit der Ideologie „privat vor Staat“ hat eine zum Teil fast handlungsunfähige Verwaltung hinterlassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich erinnere nur an die fehlenden Stellen im Verkehrsministerium oder beim Hochwasserschutz bei der Bezirksregierung.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So ein Unfug! Sie wissen ganz genau, was für ein Unfug das ist!)

– Lieber Herr Lienenkämper, das tut weh; das glaube ich. Aber denken Sie an Ihre Gesundheit!

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Unglaublich!)

– Ja, es ist doch so. – Ich erinnere an diese Stellen. Die Bürgerinnen und Bürger beklagen zu Recht, wenn notwendige Planungs- und Kontrollfunktionen ausfallen, wenn die Bearbeitung von Vorgängen kaum zum Erfolg kommt, weil das Personal nicht da ist. Sie beklagen es vom Ergebnis her zu Recht, wenn der Staat sich kaputt spart und nicht mehr handlungsfähig ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Leute wollen ihre Ruhe haben!)

Das wollen wir nicht, und das haben wir mit unseren Haushaltsanträgen im Bereich des LANUV in diesem

Fall geändert, genauso wie wir das beim Hochwasserschutz, Herr Lienenkämper, angepackt und geändert haben; denn Ihr Hochwasserschutzkonzept ist doch wegen fehlender Finanz- und Personalausstattung grandios gescheitert. Was wir übernommen haben, war doch ein Trümmerhaufen, und wir haben ein neues Hochwasserschutzkonzept vorgelegt, das jetzt ausreichend ...

(Zuruf von der FDP: Herr Meesters, hören Sie bloß auf!)

– Ja, da lachen Sie, Herr Busen. Davon kennen Sie nichts. Das hat nichts mit Jagd zu tun. Aber das finanzieren wir jetzt ausreichend.

(Zuruf von der FDP: Fragen Sie mal die Leute im Wahlkreis!)

Wir haben allein in diesem Haushalt den Ansatz der Landesmittel um 13 Millionen € auf fast 50 Millionen € erhöht, und den Personalengpass haben wir auch beseitigt. Die Deichverbände vor Ort sind zufrieden. Sie können sachgerecht planen. Mit dem Hochwasserrisikomanagementplan haben wir auch die Voraussetzung für einen wirksamen Hochwasserschutz bei den kleineren Gewässern geschaffen. Da ist es gut so. Da gibt es nichts zu bekritteln oder dumme Bemerkungen dazwischen zu machen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Dumme Rede halten Sie!)

Ich komme zum Schluss. Unsere Politik war immer dialogorientiert, und wir haben stets das Gespräch mit den Betroffenen gesucht und sie bei den Gesetzesvorhaben zu Beteiligten gemacht. Wir haben das gehalten, was wir versprochen haben. Der Haushalt 2017 dokumentiert deutlich unsere Politik, die Umweltschutz im Interesse der gut 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen ernsthaft betreibt.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

Willy Brandt hat einmal den blauen Himmel über der Ruhr als Ziel ausgegeben. Seitdem ist vieles erreicht worden. Vieles wollen und vieles müssen wir noch tun. Dieser Haushalt trägt dazu bei, die heutigen Herausforderungen zu meistern. Deshalb stimmen wir ihm auch zu. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Georg Wilhelm Exler hat gesagt:

„Wer Verantwortung übernimmt, muss Antworten geben wollen.“

Viele Antworten sind Sie uns auch in diesem Jahr schuldig geblieben. Das gilt insbesondere für die Landesregierung und bei diesem Einzelplan für Minister Remmel. Herr Remmel, Sie rühmen sich in der Einführung zum Erläuterungsband zum Einzelplan 10 des Haushalts damit, dass Ihr Einzelplan wieder einmal weitgehend von Kürzungen verschont wurde, dass teilweise sogar aufgestockt wurde. Das heißt, schon in dem Vorwort beschreiben Sie und legen Sie schwarz auf weiß fest, dass Sie von einer Konsolidierung meilenweit entfernt sind. Die Gesamtausgaben in Ihrem Bereich erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 7 %. Gleichzeitig rechnen Sie mit Mindereinnahmen von 1 %. In absoluten Zahlen bedeutet das, der Zuschussbedarf steigt um 75 Millionen €. Ich sage Ihnen: Diese finanzpolitische Geisterfahrt passt nicht zu einem Leitbild von nachhaltiger Entwicklung für dieses Land.

(Beifall von der FDP und der CDU – Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ginge auch anders. Da ginge es noch nicht einmal darum, in diesem Haushalt bis auf den letzten Millimeter alles komplett auf Kante zu nähen. Aber vielleicht kämen Sie einmal ein bisschen näher an diese Kante dran. Sie stocken wieder einmal Ansätze auf, bei denen die Mittel aufgrund des geringeren Bedarfs in den letzten Jahren nie voll ausgeschöpft wurden. Hier wären Einsparungen auf ganz einfachen Wegen festzuschreiben.

Beim Titel „Anpassung an den Klimawandel“ zum Beispiel setzen Sie in 2016 400.000 € ein. Im Vorjahr wirklich gebraucht haben Sie 118.000 €. Statt Soll und Ist ein bisschen aneinander anzugleichen, erhöhen Sie den Ansatz für 2017 auf 515.000 €. Dieser Titel ist dann gegenseitig deckungsfähig mit vier anderen Titeln; diese wahrscheinlich wiederum auch mit anderen Titeln. Da muss man sich schon fragen: Wofür und wie sollen diese Gelder am Ende eigentlich wirklich verwendet werden?

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, auch in diesem Jahr zeigt der Haushalt, insbesondere in Ihrem Fachbereich, dass Sie die Pflichtaufgaben vor lauter politischer Kür vergessen. Dazu drei Beispiele.

Sie geben zum Beispiel in der jüngsten Antwort auf die Kleine Anfrage in der Drucksache 16/13617 an, dass das Landesbüro der anerkannten Tierschutzverbände von 2016 auf 2017 mit einer Steigerung der Zuschüsse um 40.000 € rechnen kann, einer Steigerung um 133 %. Gleichzeitig verbleibt der Ansatz für den Vertragsnaturschutz auf dem niedrigen Niveau, auf dem er immer war, nämlich bei dem Betrag, den Sie an anderen Stellen als Steigerung hineingeben. 40.000 € stehen dafür zur Verfügung. Bei steigenden Flächenpreisen führt das ganz konkret zu weniger Naturschutz, zu weniger Ausgleichszahlungen für

den Vertragsnaturschutz. Wir meinen, das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Machen Sie doch erst einmal die Pflicht, bevor Sie zur vermeintlichen Kür kommen!

(Beifall von der FDP)

Der zweite Punkt: das LANUV. Seit fast sieben Jahren tragen Sie die Verantwortung für das Landesamt. Wie ich eingangs schon sagte: Wer Verantwortung trägt, der muss auch Antworten geben wollen. Die „Westfälischen Nachrichten“ schrieben am 23. November – ich zitiere –:

„Zu viele Aufgaben, viel zu wenige Mitarbeiter und als Folge Berge unerledigter Verfahren.“

Viele offene Stellen wurden und werden im LANUV von Ihnen noch nicht einmal besetzt, Stellen, die 2013/2014 zur Verfügung gestellt wurden, wurden zum Teil erst 2016 besetzt. Obwohl die Situation an dieser Stelle so ernst ist, haben Sie immer weiter Aufgaben auf das LANUV übertragen, weil Sie zu einer auch nur kleinen Aufgabenkritik nicht bereit sind.

Sie haben das Widerspruchsverfahren übertragen. Sie haben die Überwachung der tierärztlichen Hausapotheken auf das LANUV übertragen, und Sie binden damit erhebliche personelle und finanzielle Mittel beim Landesamt. Statt wie beim Widerspruchsverfahren, wie es Ihr Ziel war, zu einer höheren Rechtssicherheit zu kommen, liegt die Zeit für die Bearbeitung bei diesen Verfahren bei über einem halben Jahr. Die Zahl der nicht erledigten, noch offenen Verfahren ist im dritten Quartal 2016 auf einen absoluten Rekordwert von über 200 Verfahren angestiegen.

Das Ganze wird umso schlimmer, wenn man überlegt, mit welchen Begründungen Sie das LANUV in den letzten Jahren ständig mit neuen Aufgaben beglückt haben. Immer haben Sie gesagt: Wir müssen das an uns nehmen, weil die Kommunen ihren Aufgaben nicht nachkommen. – Bei den vielen offenen Verfahren und den ganzen Baustellen, die Sie im LANUV haben, können wir nur sagen: Dieser Vorwurf an die Kommunen war nicht nur aus der Luft gegriffen, sondern Sie haben sich damit auch absolut lächerlich gemacht!

(Beifall von der FDP)

Drittens. Das Integrierte Datenverarbeitungssystem Verbraucherschutz – kurz IDV – soll seit drei Jahren einsatzfähig sein. Wie ist da eigentlich der aktuelle Stand? In der Organisationsuntersuchung, die Sie bei PwC beauftragt haben, ist Ihnen das ja auch noch mal ins Stammbuch geschrieben worden.

Herr Minister, allein an diesen drei Punkten zeigt sich schon, dass Sie sich auf vielen Spielwiesen herumtreiben, dass aber wesentliche Kernaufgaben und Pflichtaufgaben in Ihrem Bereich dabei hintenüberfallen. Inhaltlich haben Sie mit dem Jagdgesetz, dem Wassergesetz und dem Naturschutzgesetz extrem

viel Vertrauen verspielt. Wahrscheinlich war die Bereitschaft für freiwilligen Naturschutz und entsprechende Kooperationen in Nordrhein-Westfalen noch nie so niedrig wie jetzt – eine verheerende Situation!

Organisatorisch haben Sie, insbesondere mit Blick auf das LANUV, total versagt. Sie bräuchten ganz dringend eine Konzentration auf das Wesentliche. Sie müssten die Pflicht erledigen, bevor es zur Kür kommt. In diesem Haushalt ist das nicht abzusehen. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 gibt mit seinen Zahlen, mit den eingestellten Haushaltsmitteln Auskunft darüber, wie wir im Land Nordrhein-Westfalen mit unserer Umwelt, mit der Natur umgehen und was wir zu tun bereit sind, um den Aufgaben gerecht zu werden.

Wenn wir uns noch einmal den Rockström-Bericht in Erinnerung rufen, der darstellt, welche großen Probleme wir im Umweltbereich haben, dann können wir wohl alle zusammen feststellen, dass es viel zu tun gibt und es auch gerechtfertigt ist, mit Engagement und mit ausreichenden Haushaltsmitteln an die Probleme heranzugehen.

Wenn wir beispielsweise über die große Frage der Artenvielfalt sprechen – das ist neben dem Klimawandel sicherlich der Punkt, den wir aktuell am stärksten bearbeiten müssen –, dann ist es so, dass wir aktuell über die Hälfte aller Arten zu verlieren drohen. Dieses Problem passiert nicht irgendwo am Amazonas, sondern bei uns, im Münsterland, im Weserbergland oder auch in der Eifel. Das ist auch für uns in Nordrhein Westfalen ein Problem, und es ist richtig, dass wir aktiv eingreifen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was diesen Punkt betrifft, bin ich außerordentlich froh und lobe den Westfälischen Bauernverband – das geschieht nicht oft –, weil er sich endlich zu seiner Mitverantwortung bekannt und gesagt hat – ich zitiere –, dass „Art und Weise der landwirtschaftlichen Erzeugung dazu beitragen, dass Boden, Wasser, Luft und Tiere sowie Elemente der Kulturlandschaft geschädigt werden.“

Man sagt ja gerne: Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. – In der Tat finde ich es bemerkenswert, dass das so erfolgt ist. Ich bin jetzt seit 2010 im Landtag und habe an dieser Stelle immer viel Gegeneinander erlebt. Ich hoffe, dass zukünftig die Bäuerinnen und Bauern und auch die Verbände bereit sind,

mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, dass Landwirtschaft und Naturschutz in Zukunft keinen Gegensatz mehr bilden, sondern dass sie sich einander annähern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mir ist gerade klar geworden, dass es spannend ist, wenn der Einzelplan 10 nach dem Einzelplan 14 kommt. Da sieht man ganz klar die unterschiedlichen Ansprüche, die gestellt werden. Eben hörte ich die Kollegen, und ich glaube, es war der Kollege Wüst, der lauthals gefordert hat, man müsse doch das 5-ha-Ziel bitte wieder aus dem LEP rausstreichen. Darauf kann ich nur erwidern: Es ist eben nicht allein die Landwirtschaft, die für den Verlust an Artenvielfalt sorgt, sondern es ist natürlich auch die Tatsache, dass wir immer mehr Fläche in Anspruch nehmen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ein Fall wie newPark ist keine glorreiche Leistung. Es ist gut, wenn wir jetzt die alten Halden und die alten Bergwerke nutzen, aber wenn wir immer wieder landwirtschaftliche Fläche verbrauchen, dann sollte ich der Einzige sein dürfen, der beim Bauernverbandstag sagt: Ich bedaure, dass wir landwirtschaftliche Fläche vernutzen und verbrauchen.

Herr Deppe, im „Neuen Wochenblatt“ habe ich gelesen, dass Sie immer rausposaunen, dass wir die Eins-zu-eins-Regelung haben müssten. Aber Sie wissen genau wie ich auch, dass es diese Eins-zu-eins-Regelung nicht geben wird, weil sie gegen Bundesgesetz verstößt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Daher sage ich zu Einzelplan 14 und Einzelplan 10: Die Zukunftsaufgabe moderner Politik in Nordrhein-Westfalen muss es sein, die wirtschaftliche Dynamik und den Schutz von Umwelt und Natur zusammenzubringen. Das ist doch entscheidend!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das habe ich eben bei unseren Wirtschaftspolitikern erheblich vermisst. Da hätte seitens der Opposition mehr kommen müssen. Ich würde mir wünschen, dass Sie das mal anerkennen.

Meine Damen und Herren, im Bereich „Tierschutzpolitik“ freut mich ganz besonders, dass wir im Laufe dieser Legislatur eine Sache gemacht haben, die uns im Hinblick auf Tierversuche erheblich nach vorne bringen kann. Das ist das Zentrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch. Besonders erfreulich ist, dass wir die Mittel jetzt noch mal auf 1,5 Millionen € gesteigert haben. Wir alle wissen, dass Tierversuche in dieser Gesellschaft umstritten sind, und es ist gut, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich auf den Weg macht und hier mit diesem Institut für Ersatzmethoden sorgt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Tierschutz in der Landwirtschaft wird genauso wie das Thema „Tierversuche“ seit Jahren intensiv diskutiert. Das Umweltministerium bietet dazu viele Hilfestellungen und Fördermöglichkeiten an.

Herr Höne, es stimmt überhaupt nicht, was Sie sagen. Nordrhein-Westfalen ist Spitze, sowohl was Fördersätze im Tierschutzbereich und im landwirtschaftlichen Tierschutzbereich angeht als auch bei Agrar- und Umweltmaßnahmen auf der Fläche. Nirgendwo bekommen Sie höhere Fördersätze als in Nordrhein-Westfalen, wenn sie auf Ökolandbau umsteigen oder wenn Sie Extensivierungsmaßnahmen machen. Das ist hier hervorragend eingerichtet. Die Fördersätze haben wir wieder angepasst, und wir haben sie angepasst – auch das ist ja an dieser Stelle wichtig –, weil wir es können,

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

weil wir dafür die Mittel im ELER-Programm haben – 1,2 Milliarden € für die gesamte Förderperiode –, während damals die schwarz-gelbe Landesregierung nicht imstande war, mal deutlich zu sagen, dass wir für Nordrhein Westfalen mehr Gelder brauchen. Sie hatten da deutlich weniger zu bieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dasselbe gilt auch für die LEADER-Regionen, aber das kann ich hier nicht mehr ausführen. Wir haben die Anzahl der Regionen verdoppelt und die Mittel verdreifacht. Das sind Impulse für den ländlichen Raum, damit sind wir stark aufgestellt. Deshalb ist die ganze Kritik der Opposition an dieser Stelle falsch und läuft völlig ins Leere.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Kleingartenwesen ist schon erwähnt worden. Ich freue mich, dass wir das wieder auf den alten Stand gebracht haben. Die verfehlte schwarz-gelbe Kürzungspolitik beim LANUV und bei der Umweltverwaltung korrigieren wir nach und nach.

Fazit: Den Verlust an Artenvielfalt einzudämmen, Boden, Luft und Wasser zu schützen, den Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, den Tierschutz voranzubringen, wird uns auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe sein. Mit dem Einzelplan 10 für das Jahr 2017 haben wir das wieder beherzt in Angriff genommen. Wir werden das auch in den nächsten Jahren weiter gemeinsam in Angriff nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Und jetzt, Herr Kollege Rohwedder, haben Sie für die Piraten das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal, auf der Tribüne und draußen! Wie beim letzten Mal werden wir uns hier im Plenum zum Einzelplan 10 enthalten. Wie beim letzten Mal ist dieser Einzelplan 10 insgesamt nicht so schlecht, dass man dagegen stimmen müsste. Leider gilt aber weiterhin, was schon seit Langem gilt und was ich hier schon mehrfach sagte: Der Zustand von Umwelt und Natur ist traurig. Besserung lässt auf sich warten, trotz aller unbestreitbaren Bemühungen der Landesregierung.

Einerseits sind massive Verbesserungen kurzfristig auch nicht zu erwarten, andererseits ist dieser Einsatz aber auch nicht immer wirklich massiv genug. So sind die Wälder weiterhin in schlechtem Zustand, Arten sind bedroht, Habitate gehen verloren. Der Druck auf die knappen Flächen ist ungebremsst. Wir haben großflächige und weiter akkumulierte Schadstoffbelastungen durch Kohlekraftwerke, ebenso großflächige und weiter zunehmende Monokulturen in der industrialisierten Landwirtschaft mit Belastungen durch Intensivtierhaltung, Dünger und Pestizide und eine zusätzliche Überdüngung durch Stickoxide aus dem Verkehr.

Wir erkennen die bisherigen Anstrengungen an, aber nach wie vor reichen sie nicht. Es gilt weiterhin, dass wir in allen Bereichen immer nur ein Erkennen der Probleme sehen, aber dann ein zu zaghaftes Angreifen. Wir vermissen nach wie vor ein wirklich stringentes Gesamtkonzept in Nordrhein-Westfalen. Weiterhin gibt es zu viel Klein-Klein, insgesamt geschieht alles noch zu wenig und nicht wirklich Hand in Hand. Und wir vermissen das Übergreifende, die Abstimmung zwischen dem Ministerium für Umwelt und denen, die für Energie und Verkehr zuständig sind.

Wir haben in dieser Legislaturperiode einige größere Gesetzesvorhaben behandelt. Wesentlich waren das Landesjagdgesetz, das Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan, die Dichtheitsprüfung, das Forstgesetz, das Wassergesetz, das Naturschutzgesetz und der LEP. Mal waren es kleine Schritte in die richtige Richtung, mal wurde am verkehrten Ende übertrieben. Einiges wird nachjustiert werden müssen. Vieles ist das Ergebnis nicht zufriedenstellender Kompromisse und nicht eines stringenten Gesamtkonzepts. Es kam zu keiner erfolversprechenden Gesamtstrategie, vieles blieb Stückwerk.

Zum Klimaschutzplan müssen wir wiederholen: Seine Unverbindlichkeit macht ihn fast obsolet. Schade, denn in Anbetracht der Beteiligungsmöglichkeiten, die von beispielhaft Vielen wahrgenommen wurden, und auch angesichts der Inhalte hätte er ein besseres Schicksal verdient gehabt. Genauso hätte er in den Landesentwicklungsplan gehört. Sein Fehlen dort ist auch ein Mangel des Landesentwicklungsplans. In der zweiten Version wurde der Klimaschutzplan auf Druck von Lobbyisten gestrichen. Das

Klimaschutzgesetz ohne verbindlichen Plan ist auch fast wertlos.

Diese Tage hat RWE gerade die rote Linie im Hambacher Forst überschritten. Nichts hat die Landesregierung getan, um diesen Forst zu beschützen, dessen traurige Reste immer noch die Bedingungen für die FFH-Direktive erfüllen. Es wird abgeholzt, obwohl niemand die Braunkohle braucht, die zusammen mit gefracktem Gas der schädlichste aller fossilen Energieträger ist.

Weiter wird Blutkohle aus Kolumbien für Steinkohlekraftwerke importiert. Neue, auch betriebswirtschaftlich verlustbringende Steinkohlekraftwerke werden in Betrieb genommen.

Sie haben auch keinen Plan, wie Sie den Kommunen helfen wollen, die direkt oder indirekt Anteile an fossilen Oligopolfirmen halten. Deren Wert fällt, sie müssen entsprechend abgeschrieben werden, und das kann die Anteilseigner in den Nothaushalt treiben. Immer fest die Augen zu, dann wird es schön dunkel im Kopf!

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Rohwedder, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Kollege Ellerbrock würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Ja, gerne.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, wir halten Sie es eigentlich mit dem staatlichen Gewaltmonopol, wenn Sie den Ausdruck benutzen, Terroristen hätten eine „rote Linie“ in Hambach überschritten?

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Ich weiß von keinen Terroristen, die eine rote Linie ... Ich habe nicht von „Terroristen“ gesprochen. Das haben Sie missverstanden. Ich habe gesagt, dass RWE die rote Linie überschritten hätte. Vielleicht war das etwas undeutlich. Ich habe nicht von „Terroristen“ gesprochen.

(Zurufe von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Wir diskutieren aber nicht.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Okay. – Das war sicherlich ein akustisches Missverständnis.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Dann verstehe ich es ja noch weniger, wenn das RWE ...! – Jochen Ott [SPD]: Das ist ein Parlament und kein Gesprächszirkel! Geht doch mal raus! – Henning Höne [FDP]: Das war ein parlamentarischer Zwischenruf! – Weitere Zurufe)

– Wir führen ja jetzt keinen Dialog. Tut mir leid, Herr Ellerbrock.

Die Landesregierung mischt sich jetzt sogar zugunsten des illegalen Schwarzbaus Datteln 4 in das laufende Gerichtsverfahren ein. Natürlich stimmten auch die grünen Vertreter im Regionalrat Münsterland für das Zielabweichungsverfahren im Landesentwicklungsplan, um bei der Legalisierung des Schwarzbaus mithelfen zu können. Herr Duin sagte hier eben bei der Verhandlung des Einzelplans 14 für sein Ministerium, dass der newPark kommen würde. Dazu gab es Beifall von den Grünen. Frau Brems hat hier gesessen und dazu Beifall geklatscht – dieselbe Frau Brems, die zuvor in ihrem Redebeitrag zum Einzelplan 14 sagte, die Leitentscheidung „Garzweiler II“ würde nicht verändert. Da muss ich Ihnen sagen: Tut mir leid, die grüne Vollkorn-CDU hier im Landtag ist Teil des Problems und nicht der Lösung.

Solange man blind an fossiler Energieproduktion festhält, wird es nichts mit einem zusammenhängenden Plan im Bereich Naturschutz. Das gilt auch für Fracking und Kohleflözgasförderung – fossile Energieträger, deren Förderung bei uns keineswegs vom Tisch ist. Die Formulierungen im LEP sind juristisch angreifbar, und ins Wasser- und Naturschutzgesetz wollen Sie kein Frackingverbot hineinschreiben. Als ich das im Umweltausschuss in Bezug auf das Wassergesetz monierte, antwortete ein SPD-Vertreter, dass es ja im LEP stünde. Von den Grünen war gar nichts zu hören. Das ist immerhin konsequent, denn wenn es um Fracking geht, haben die Grünen hier nichts zu sagen; das macht die SPD.

Während die Energiewende von wechselnden Koalitionen in Berlin seit Jahren sabotiert wird, kommt aus NRW, dem Prime-Land für Energieproduktion und -verbrauch, keine Gegenwehr.

Morgen werden wir uns mal wieder gegen die belgischen Schrottreaktoren positionieren. Aber wie viele Nukleartransporte haben Sie, wie versprochen, im Lande wirklich verhindert? Warum läuft die Urananreicherungsanlage in Gronau noch? Warum gibt es keine langfristige Strategie für den Jülicher Atom Müll und den aus dem sozialdemokratischen Staatsreaktor THTR-300 in Hamm, der in Ahaus zwischenlagert? Was wollen Sie langfristig mit dem abgereicherten Uran in Gronau machen?

(Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

Das neue Wassergesetz wird Ihnen auch nicht bei den Ewigkeitsschäden helfen. Ich denke dabei zum Beispiel an die Versalzung der Lippe sowie an die PCB-Verseuchungen durch in Altstollen abgelassenes Hydrauliköl. Sie werden Geld in die Hand nehmen müssen, und zwar richtig viel Geld, Geld ohne Ende, für die Reinigung, wenn Sie die EU-Direktive wirklich erfüllen wollen.

Sie sollten in Zukunft darauf achten, keine kleinlichen Schikanen unter dem Vorwand des Umweltschutzes gegen Betroffene einzusetzen, wie bei der Dichtheitsprüfung und teilweise beim Jagdgesetz. Damit bringen Sie die Menschen unnötig gegen sich auf, die Sie sonst auf Ihrer Seite haben könnten.

Ich muss mich wiederholen: Wie in den letzten Jahren sehen wir auch jetzt immer noch keine oder nicht ausreichende strategische Ansagen zu Themen wie Suffizienz und zum konsequenten ökosozialen Umbau. Stattdessen sagen Sie: Weiter so mit dem fortgesetzten bedingungslosen Primat einer degenerativen Wirtschaftsweise!

Wir haben diesem Einzelplan in der Vergangenheit mal zugestimmt, mal haben wir uns enthalten. Wir betreiben hier keine Fundamentalopposition. Nichts würde mich mehr freuen als ein Einzelplan, der insgesamt so gut ist, dass wir ihm wieder zustimmen könnten. Aber dieses Mal hat es wieder nicht gereicht. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rohwedder, es tut mir ein bisschen leid, das zu sagen, aber Ihre Rede war schon ein bisschen Kraut und Rüben. Sie haben beim Klimaschutz angefangen, danach die Dichtheitsprüfung thematisiert, sind anschließend bei Hambach gelandet. Damit eine Diskussion über den Einzelplan 10 zu führen und dem Einzelplan gerecht zu werden – das alles zusammen war ein bisschen schwierig.

(Simone Brand [PIRATEN]: Hat er aber geschafft!)

Ich möchte es einmal anders versuchen: Was sticht beim Einzelplan 10 in besonderer Weise heraus? Es handelt sich um einen der kleineren Einzelpläne im Landeshaushalt, und trotzdem sind die Anforderungen enorm hoch, weil wir es mit einer Vielzahl von Themen der nachhaltigen Entwicklung zu tun haben, bei denen es darum geht, regionale Antworten auf globale Fragen zu finden. Das ist sowohl beim Klimaschutz der Fall wie auch bei den Fragen, wie wir zukünftig noch mehr Menschen auf dieser Welt ernähren werden, wie sich die Artenvielfalt weltweit entwickeln wird – da ist Nordrhein-Westfalen eben keine Insel – und wie wir mit Ressourcen umgehen werden.

Wir leben in einer globalen Welt, insofern müssen Nachhaltigkeitsfragen regionale Antworten finden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Einzelplan an vielen Stellen vielleicht keine hinreichenden, aber aufgrund von Strategien, die wir miteinander besprochen und ausgearbeitet haben, doch richtige und richtungsweisende Antworten geben können.

Frau Schulze Föcking, Sie haben sich einen Bereich herausgegriffen, bei dem wir die Messlatte dann auch bitte schön an Ihre Vorstellungen anlegen möchten. Geben Sie mit dem, was Sie hier heute vorgetragen haben, und mit Ihrer Politik Antworten auf die Fragen, die sich mit Blick auf Ernährung und Landwirtschaft global stellen? Leider muss ich heute einen Strich unter Ihre Ausführungen ziehen und Ihnen sagen, dass Sie keine Antworten auf die gesellschaftlichen und politischen Fragen geben, die Sie stellen.

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Warum haben Sie das denn nicht umgesetzt?)

Die Menschen beschäftigen sich heute mehr als je zuvor mit der Frage: Wo kommen die Nahrungsmittel her? Wie wird Landwirtschaft praktiziert? Wie wird Tierwohl in der Landwirtschaft betrieben? Wie findet Ernährung gesund und nachhaltig statt? Nie zuvor hat es so viele Initiativen auch in Nordrhein-Westfalen gegeben, die sich genau mit dieser Frage beschäftigen. Nie zuvor hat es so viele Menschen gegeben, die nach ökologischen, regional erzeugten Lebensmitteln fragen. Diese Frage ist auf der Tagesordnung. Meine Frage ist: Welche Antwort geben Sie darauf?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Welche Antwort gibt die CDU-Fraktion auf diese Frage?

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE] – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das macht mich schon etwas traurig, denn ich würde mich gern auseinandersetzen und um das beste Konzept und die beste Lösung ringen. Wenn ich dann aber heute die Feststellung machen muss, dass selbst der Bauernverband weiter ist als die CDU-Fraktion,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

weil er zumindest ein Konzept von Nachhaltigkeit hat, mit dem man sich auseinandersetzen kann, dann ist das schon eine traurige Entwicklung für diese CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Remmel, es wird Sie nicht wundern, dass Frau Schulze Föcking jetzt eine Zwischenfrage stellen möchte.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gern.

Christina Schulze Föcking (CDU): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ist Ihnen noch im Gedächtnis, dass wir hier 2014 einen gemeinsamen Antrag zu einer Art Verbraucherbildung an Schulen verabschiedet haben? Damit wollten wir den Schülern Landwirtschaft und Ernährung wieder nahebringen. Warum ist das bis heute nicht umgesetzt worden?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das wird Tag für Tag in Konzeptionen in entsprechenden Ausprägungen umgesetzt.

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Nichts! Gar nichts!)

– Frau Schulze Föcking, wer macht denn Programme wie das 100-Kantinen-Programm?

(Ralf Witzel [FDP]: Nichts!)

Wer geht denn mit dem Schulobstprogramm und dem Schulmilchprogramm in die Schulen? Wer hat das denn aufgestockt? Es waren diese Landesregierung und diese Koalitionsfraktionen, die dort für mehr Unterstützung gesorgt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will das einmal durchdeklinieren. Mir fehlen bei Ihnen die großen Linien, wenn es um die Frage der Nachhaltigkeit geht. Es geht in der Tat darum, die bäuerlichen Familien als Rückgrat des ländlichen Raumes zu stärken und in die Zukunft zu tragen. Genau daran müssen wir arbeiten. In dieser Hinsicht ist die Landesregierung sehr breit aufgestellt. Mich hätte schon interessiert ...

(Henning Höne [FDP]: Ein Knüppel nach dem nächsten!)

– Herr Höne, Sie haben doch überhaupt nichts zu dem Thema gesagt. Deshalb scheiden Sie in der Diskussion völlig aus.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Eine Unverschämtheit ist das!)

Aber Frau Schulze Föcking hat sich doch mit dem ländlichen Raum beschäftigt. – Vor diesem Hintergrund hätte es mich schon gefreut, wenn Sie auch Antworten auf die Frage gegeben hätten, wie Ihre Vorstellungen zum nachhaltigen Wirtschaften im ländlichen Raum sind. Der Bauernverband hat bereits eine Leitlinie dazu formuliert. Ist das auch Ihre Leitlinie für zukünftige Landwirtschaft im ländlichen Raum? Ist das Ihre Leitlinie für bäuerliche Betriebe? Und was müssen wir tun?

Die Landesregierung hat ein Papier zur nachhaltigen Tierhaltung vorgelegt. Wenn 60 Verbandsvertreter der Branche sagen: „Das ist die richtige Richtung“, würde mich interessieren, was die CDU-Fraktion dazu sagt.

Wir haben zusammen mit 60 Betrieben und der DBO ein Projekt aufgelegt, um einen Nachhaltigkeitskodex für Betriebe zu entwickeln. Wie ist die Haltung der CDU-Fraktion dazu? Wie sehen Sie die Perspektive, dass immer mehr große Handelsketten eigene Nachhaltigkeitskriterien entwickeln und diese den Betrieben in der Produktion vorgeben wollen? Wäre es nicht notwendig, dass wir als Land, als Gemeinschaft, als Gesellschaft selber solche Kriterien gemeinsam entwickeln, um eine zukünftige nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen? Genau das tut die Landesregierung, sehr verehrte Frau Schulze Föcking. Da hätte es mich schon gefreut, hierzu auch von Ihrer Seite einen Beitrag zu bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was ist denn mit der Gewässerberatung? Wir stecken jedes Jahr mehr Geld aus den Mitteln des Wasserentnahmeentgeltes in eine nachhaltige Beratung der Landwirtschaft, um besser mit den Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Natur umzugehen. Hier stocken wir auf.

Was ist mit der Bewertung der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit Biodiversität? Was ist mit den zusätzlichen Mitteln, die wir für die Breitbandversorgung bereitgestellt haben, und die dem ländlichen Raum ganz konkret helfen? Was ist mit der Tatsache, dass wir noch einmal erheblich mehr Gelder für ländliche Entwicklung zur Verfügung stellen? Statt zwölf LEADER-Regionen sind es jetzt 28; hinzu kommen dann noch zehn VITAL-Regionen. Das ist ein Stärkungsprogramm für den ländlichen Raum zur nachhaltigen Entwicklung.

(Beifall von der SPD)

Auch da ist diese Landesregierung vorne mit dabei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In der Tat ist die aktuelle Krisensituation als betrüblich zu bewerten und bleibt ohne wirkliche Antworten, obwohl in den letzten Wochen die Preise am Milchmarkt wieder etwas anziehen. Ich sage: Gott sei Dank. Aber die nächste Krise wird mit Sicherheit kommen. Auch da müssen wir weiter gemeinsam daran arbeiten, Instrumente zu entwickeln, die eine wirkliche Mengensteuerung ermöglichen, und die eine marktgleiche Augenhöhe für die Produzenten, für die Bäuerinnen und Bauern, herstellen. Auch da ist die Landesregierung gut unterwegs.

Die Nachfrage nach Ökolandwirtschaft nimmt zu. Bis 2020 werden wir 133 Millionen € zur Verfügung stellen. Aktuell gibt es von erheblich mehr Betrieben als in der Vergangenheit Anfragen, was eine Umstellung

betrifft. Auch das ist eine gute Entwicklung. So kann die Nachhaltigkeit im ländlichen Raum sichergestellt werden.

Herr Höne, ich will Ihnen nicht ausweichen bei Ihren Kritikpunkten am Haushalt. Sie haben insbesondere einen Teils des LANUV in den Mittelpunkt gestellt. Ich bin Ihnen im Übrigen dankbar – das meine ich ehrlich –, dass Sie darauf ein genaues Augenmerk richten; denn das hilft der Landesregierung, da noch einmal genauer hinzuschauen.

Auch für mich ist es nicht befriedigend, wie das da teilweise gelaufen ist. Ich war der festen Überzeugung, dass es sich um einen Bereich handelt, der von der Vorgängerregierung gut organisiert und ausgestattet wurde und insofern auch belastbar war. Neu hinzugekommene Aufgaben – das kann ich Ihnen auch nachweisen – sind mit entsprechendem Personal ausgestattet worden.

(Zuruf von der FDP: Falsch!)

Wir haben also geholfen und unterstützt. Durch das Gutachten haben wir jetzt aber festgestellt – das können Sie bitte nachlesen; denn auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu –, dass die Defizite zu einer Zeit entstanden sind, in der Sie die Regierungsverantwortung getragen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben seinerzeit nicht dafür gesorgt, dass diese Zusammenlegung Bezirksregierung/LANUV ordentlich mit Personal ausgestattet worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was wir am Anfang der Legislaturperiode für die Umweltverwaltung sehr offensichtlich haben feststellen müssen, nämlich dass ein Behördenversagen zu befürchten war, hat uns in der Tat erst dieses Gutachten vor Augen geführt. Deshalb ist es richtig, dass sofort gehandelt wird. Ich bedanke mich insofern bei den Regierungsfractionen, dass sie geholfen zu haben, eine erste Antwort auf diese Feststellung zu geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem sind die Initiativen der Landesregierung zu den Themen „Kontrollbarometer“ und „Hygieneampel“ kritisiert worden, die aktuell in der parlamentarischen Beratung sind. Ich kann mich noch gut daran erinnern, Frau Schulze Föcking, wie Sie die Anstrengungen der Landesregierung in Sachen Antibiotikaeinsatz aufs Schärfste kritisiert haben. Was haben Sie gewettert; da würden Bauern an den Pranger gestellt, da würde versucht, einen ganzen Berufsstand zu diskreditieren. Man könne alles freiwillig hinkommen, ohne gesetzliche Lösungen.

Die Landesregierung hat im Bund dafür gesorgt, dass wir ein Arzneimittelgesetz bekommen. Jetzt ist

das Ergebnis auf dem Tisch: innerhalb von drei Jahren die Halbierung des Antibiotikaeinsatzes. Das war ein erfolgreicher Weg. Es hat eine neue Regel gegeben, und das hat dem Berufsstand letztlich geholfen, weil er ein besseres Ansehen bekommt und weil die Praxis besser wird. Das wird auch in diesem Fall so sein.

Die Modellprojekte, die gelaufen sind, zeigen ebenso wie die Erfahrungen aus Großbritannien und Dänemark: Insgesamt hebt sich das Niveau. Das ist auch unsere Absicht. Wir wollen den Betrieben helfen, ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Dazu gehört meines Erachtens eine umfassende Transparenz. Deshalb wird es am Ende erfolgreich sein, diesen Weg so zu gehen wie vorgesehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns jetzt intensiv mit der Landwirtschaft beschäftigt. Natürlich ist der Einzelplan 10 sehr viel breiter gestreut. Unsere Antworten beim Klimaschutz, bei der Ressourcenwirtschaft, bei der Frage, wie wir die Artenvielfalt voranbringen, fallen jedoch ähnlich aus. Ich bin froh, dass wir auf der Basis der Biodiversitätsstrategie und des Landesnaturschutzgesetzes gute Schritte in die Zukunft gehen können.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine weitere gemeinsame Anstrengung dieses Hauses, des Landes Nordrhein-Westfalen, für nachhaltige Entwicklung in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, vielen Dank. Bleiben Sie bitte noch einen Moment hier. Zunächst möchte ich feststellen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 42 Sekunden überzogen hat.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das kann gar nicht sein! – Heiterkeit)

Das wird den Fraktionen des Landtages natürlich gutgeschrieben.

Darüber hinaus liegt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Höne vor. Hiermit gebe ich Herrn Kollegen Höne, der auf dem Platz von Herrn Rasche sitzt, das Wort.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich möchte noch zwei Punkte ansprechen:

Erstens. In der letzten Ausschusssitzung habe ich Ihnen schon Folgendes gesagt: In der Freude darüber, dass der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft so stark zurückgegangen ist, bin ich ganz bei Ihnen, wenngleich ich hier auch sehr

deutlich sagen möchte, dass es zumindest verwunderlich ist, wie sehr Sie sich den Erfolg der Datenbank und des damit verbundenen Benchmarks selber zuschreiben, nachdem Sie die Datenbank eigentlich nie wollten, sondern lieber feste Ziele vorgeschrieben hätten – mit all den negativen Folgen, die wir damals diskutiert haben.

Zweitens. Gerade haben Sie gesagt, es läge alles mal wieder an der Vorgängerregierung, was das LANUV und seine personelle Ausstattung angeht.

(Minister Johannes Remmel: Das können Sie ja nachlesen!)

– Ja, da sagt Herr Rüße, das stimmt natürlich. – Wenn einem sonst nichts einfällt, muss man eben so weit in die Vergangenheit blicken.

Ich gebe Ihnen nur ein Gegenbeispiel, das ich Ihnen gerne im Detail herausuche: Bei der Wiedereinführung der Widerspruchsverfahren haben Sie in einem schriftlichen Bericht für den Ausschuss oder in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage selber dargelegt, damit gerechnet zu haben, dass für dieses Widerspruchsverfahren sieben Stellen benötigt würden.

Einen Satz später haben Sie geschrieben: Wir haben aber nur 2,5 oder 3,5 Stellen erhalten. Mehr waren aufgrund der haushaltstechnischen Prioritätensetzung innerhalb der Landesregierung nicht zu bekommen.

Unabhängig davon, dass wir uns weiterhin gegen die Einführung des Widerspruchsverfahrens stellen, widerlegt die Tatsache, dass Sie hier sagen, es läge alles an der Vorgängerregierung, uns aber selber schriftlich bestätigt haben, sehenden Auges auf drei bis vier Stellen zu verzichten, Ihre gesamte Argumentation. Das Problem ist hausgemacht, und zwar zu Ihrer Zeit!

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Höne, ich war an dieser Stelle ehrlich. Ich habe die Personalbemessung deutlich gemacht, die für die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens nötig war. Das waren sieben Stellen. Ich war auch davon überzeugt, dass diese sieben Stellen besetzt werden mussten.

Genauso ehrlich habe ich dargestellt, dass es bei der Haushaltsberatung innerhalb der Landesregierung eine andere Abwägung gegeben hat. Das steht dem

Parlament frei. Jetzt vollzieht das Parlament es offensichtlich nach, für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen – gar keine Frage.

Wir werden die Widerspruchsverfahren sukzessive abarbeiten. Sie stellen ja regelmäßig – im Vierteljahresabstand – entsprechende Anfragen. Das hilft uns sehr. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode eine positive Entwicklung zu verzeichnen haben. Das können Sie sich dann auch mit auf den Deckel schreiben. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall und Heiterkeit von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Er kann sich nicht mehr sehen lassen!)

Bezogen auf die Frage, wie das AMG entstanden ist, wundert es mich immer sehr, wie genau Sie da Bescheid wissen. Das ist ein Vermittlungsverfahren gewesen, bei dem sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen federführend zusammen mit der Bundesregierung engagiert hat. Dabei ist ein gutes Gesetz herausgekommen – wir hätten uns an der einen oder anderen Stelle noch mehr gewünscht –, und jetzt feiern wir den Erfolg. Das lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 2017 bildet gleichzeitig so etwas wie die Schlussbilanz nach sieben Jahren grünes Umweltministerium. Herr Remmel, Sie geben ständig mehr Geld aus. Sie haben mehr Personal. Sie schaffen laufend neue Bürokratie. Sie übertragen den Behörden immer neue Aufgaben.

Sie haben das Verhältnis zu denjenigen, die Sie für die Umsetzung von Naturschutz, Verbraucherschutz und Tierschutz brauchen, restlos zerstört. Die Kommunen laufen bei jeder Anhörung hier auf und beklagen, dass Sie deren Arbeit nicht ernst nehmen. Das ist das Ergebnis von sieben Jahren grüner Umweltpolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dialog, Zusammenarbeiten auf Augenhöhe, freiwillige vertragliche Vereinbarungen,

(Minister Johannes Remmel: Sag' ich doch!)

das Miteinander von Menschen und Gruppen auf dem Weg des Kompromisses – ein Markenzeichen unserer Umweltpolitik und Ihres Vorgängers Eckhard Uhlenberg –, all das haben Sie durch eine vollkommen einseitige und dazu rein parteipolitische Umweltpolitik zerstört. Jetzt haben Sie zwar eine Reihe

von neuen Gesetzen – zuletzt noch das Naturschutzgesetz –,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Auch ein gutes Gesetz!)

aber Sie haben niemanden mehr, der mit Ihnen gemeinsam an der Umsetzung der Ziele dieses Gesetzes arbeitet.

(Minister Johannes Remmel: Fiktion!)

Menschen, die man braucht, um die Wälder, Felder und Wiesen – etwa drei Viertel der Landesfläche – zu bearbeiten, muss man gewinnen und nicht verschrecken.

(Beifall von der CDU)

Sie glauben, durch eine Spaltung, durch Einteilen der Akteure in Gut und Böse, weiterzukommen. Wir sagen Ihnen: Genau das Gegenteil ist der Fall! Sie haben Vertrauen zerstört, und am Ende erreichen Sie weniger, als wir erreicht hätten.

(Beifall von der CDU)

Wenn man Ihren Verlautbarungen glauben würde, ginge es mit der Natur in Nordrhein-Westfalen immer weiter bergab. Einer Ihrer Lieblingsprüche ist ja: Die Festplatte wird gelöscht.

Der ehemalige Abteilungsleiter für Naturschutz von Bärbel Höhn, der renommierte Bonner Professor für Landschaftsökologie Wolfgang Schumacher, wirft Ihnen vor, mit falschen Zahlen zu operieren; Sie würden die unbestreitbaren Erfolge im Naturschutz ausblenden und kleinreden.

Das Schlimme ist, dass Ihre Aussagen erstens nicht stimmen und dass Sie den Menschen zweitens durch den falschen Zungenschlag auch noch jede Motivation nehmen. Prof. Schumacher sagt – ich zitiere –:

„Jetzt fließen seit Jahrzehnten erhebliche Gelder in den Naturschutz, und trotzdem wird nur wenig besser, vieles aber offenbar schlechter. Dann könnte man das Geld auch gleich in ‚wichtigere‘ Dinge stecken.“

Das ist doch die fatale Folge Ihrer apokalyptischen Redereien. Nichts ist erfolgreicher und motivierender als der Erfolg, meine Damen und Herren. Genau darüber zu reden, haben wir von Ihnen verlangt. Es hat zwar lange gedauert, aber immerhin haben Sie vor wenigen Wochen – nach sechs Jahren – endlich eine Broschüre über die Erfolge des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen herausgegeben.

(Zuruf von der CDU)

Es ist schon bemerkenswert, dass Sie am Ende Ihrer Amtszeit doch noch einige Anregungen der CDU aufnehmen – zumindest als Ankündigung. Ich nenne den Hochwasserschutz. Jahrelang haben Sie unsere Anträge auf Erhöhung der Mittel abgelehnt. Jetzt

endlich – mit Ihrem letzten Haushalt – haben Sie genau die von uns genannte Summe von 15 Millionen € übernommen. Ihre Einsicht kommt spät, aber immerhin.

(Beifall von der CDU)

Tatsache bleibt allerdings: Durch Ihr Nichthandeln haben Sie sieben wertvolle Jahre beim Hochwasserschutz verloren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch zur verbesserten Förderung der Landesgartenschauen haben Sie unsere Anträge jahrelang abgelehnt. Jetzt, kurz vor der Wahl, übernehmen Sie genau diese 1 Million €. Auch das geschieht spät, aber immerhin. Das Gleiche gilt – es wurde ja eben hier schon erwähnt – für die Kleingärtner. Das Muster ist doch immer das Gleiche: Wir machen Vorschläge, halten Ihnen Versäumnisse vor und stellen Anträge, die Sie jedes Mal in Bausch und Bogen ablehnen. Und dann, kurz vor Ende Ihrer Amtszeit, übernehmen Sie diese Anträge – zumindest in Ankündigungen – dann doch.

Ich kann noch ein weiteres Beispiel nennen. Nehmen Sie die Umweltwirtschaftspolitik. Da haben Sie groß gesagt, die Umweltwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen sei so wichtig. Als Erstes haben Sie dann 2010 den Dialog „Wirtschaft und Umwelt“ in Ihrem Haus gestrichen bzw. auf null gefahren.

Jetzt kommen Sie und legen im Februar des kommenden Jahres einen neuen Masterplan „Umweltwirtschaft.NRW“ vor. Sechs Jahre haben Sie nichts gemacht, und am Ende wird dann schnell noch mal ein Masterplan vorgelegt. Sie meinen, das wäre Politik – so aber macht man keine Politik. Da geht es um Ergebnisse und Realisierungen. Allerdings werden Sie dafür zukünftig nicht mehr verantwortlich sein, Herr Minister, weil das sowieso – diesbezüglich kann man ja auch ein paar positive Signale ins Land senden – Ihr letzter Haushalt sein wird.

Kein anderer Minister, Herr Remmel, hat es in sieben Jahren der Regierung Kraft geschafft, dass 15.000 Menschen gegen seine Politik vor den Landtag gezogen sind. Kein anderer Minister! Ein einsamer Rekord!

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist auch klar, meine Damen und Herren: Die Grünen werden das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium ab Mai 2017, wenn wir eine andere Regierungskonstellation haben, auf jeden Fall nicht noch einmal bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber, sehr verehrter Herr Deppe, Ihre apokalyptische Reiterei will ich hier jetzt nicht im Ganzen kommentieren. Das ist es wirklich nicht wert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu einem Punkt aber muss ich – das muss ich einfach noch einmal wiederholen – doch noch etwas sagen. Wenn Sie hier für sich in Anspruch nehmen, Sie seien irgendwie moralisch dafür verantwortlich, dass sich der Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen verbessert hat, dann ist das lächerlich und eine unglaubliche Anmaßung. Sie verkennen Ihre Verantwortung für die schlechte Situation, die wir hier vorgefunden haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Rainer Deppe [CDU]: Unsere Anträge haben Sie abgelehnt!)

Ich bin am Anfang dieser Wahlperiode von den Deichverbänden angesprochen und um Hilfe gebeten worden. Die haben gesagt: Die Abschaffung der Umweltämter bzw. der Personalabbau hat dazu geführt, dass die Planfeststellungsverfahren nicht mehr weiterbearbeitet werden konnten. Ihr Hochwasserschutzkonzept, das 2015 abgearbeitet werden sollte, sollte jedes Jahr mit 90 Millionen € versorgt werden. Sie haben aber nur 30 Millionen € eingesetzt, mehr nicht. Das reichte vorne und hinten nicht!

(Jochen Ott [SPD]: Hört! Hört!)

Als wir das erfahren haben, haben wir uns dafür eingesetzt. Was haben wir geändert? Wir haben bei der Bezirksregierung zehn Personen eingesetzt, die jetzt die Planfeststellungsverfahren bearbeiten können. Das war eine gute Entscheidung. Wir haben die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, und wir haben ein Konzept erstellt. Bis 2025 werden die entsprechenden Hochwasserschutzmaßnahmen eingerichtet sein. Darüber wird jetzt jedes Jahr im Ausschuss berichtet.

Außerdem haben wir die Mittel erhöht. Auch in diesem Haushalt – ich habe es vorhin gesagt – haben wir die Mittel, was die Landesanteile angeht, auf 50 Millionen € erhöht. Sie haben es nie geschafft, so etwas hinzubekommen. Sich jetzt hierhinzustellen und zu sagen, Sie seien der Erfinder gewesen, ist so etwas von lächerlich! Dem muss einfach widersprochen werden. Das tue ich hiermit. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Busen.

Karlheinz Busen (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie sprechen immer so gerne von Nachhaltigkeit. Es hat sich nachhaltig sehr viel verschlechtert hier im Lande. Ich höre von Herrn Meesters und Herrn Rübe immer wieder etwas von „Biodiversität“ und „Erhalt der Artenvielfalt“.

(Norbert Meesters [SPD]: Das kennen Sie nicht!)

Und was ist passiert? Einfach alles – gerade was das Jagdgesetz angeht – ist sehr schlecht geworden. Da werden Prädatoren unter Schutz gestellt, wildernde Katzen dürfen nicht mehr abgeschossen werden. Und wer leidet darunter? Darunter leidet die Artenvielfalt. Das Nutzwild leidet. Die Bodenbrüter leiden. Die Singvögel sterben aus. – Das ist wahrscheinlich genau das, was Sie unter Artenvielfalt verstehen.

(Beifall von der FDP)

– Was Sie daraus gemacht haben, das ist das große Problem. Die Artenvielfalt ist nämlich zerstört. Als Artenschützer kann ich beweisen, dass dem so ist. Jetzt beginnt die Jagdzeit. Schauen Sie sich doch mal an, was da passiert! Genau das sind die Auswirkungen des Jagdgesetzes. Demnächst werden es die Auswirkungen des Landesnaturschutzgesetzes sein.

(Beifall von der FDP)

Sie, Herr Minister, haben sich in eine unglaubliche Klientelpolitik verrannt. Ihre Politik lässt die betroffenen Menschen in Nordrhein-Westfalen im besten Fall ratlos oder sogar wütend zurück. Als Wolf im Schafspelz reden Sie hier stets von hehren Zielen und versprechen Dialog und Lösungen, am Ende aber legen Sie den Naturnutzern nur Steine in den Weg.

Frau Schulze Föcking fragte vorhin: Wofür haben wir denn Anhörungen? Die nützen doch nichts. – Natürlich nützen die nichts. Solange ich hier im Landtag Anhörungen dazu erlebt habe, haben die nichts genützt. Da sagen Ihnen Experten und Wissenschaftler ganz genau, was da falsch ist. Und Sie machen es dennoch! Deswegen sind die Anhörungen tatsächlich unnütz gewesen.

Bei Ihnen, Herr Minister, gab es – und das in einem Bundesland, das vor Schulden kaum noch laufen kann – einen beispiellosen Aufwuchs beim Personal. Das ist schon ein paar Mal angesprochen worden. Dieses Personal kommt aber nicht den Landwirten und den Naturnutzern zugute, sondern arbeitet in der Regel genau gegen diese Gruppen.

Beim Geld ist es genau das Gleiche. Eines der wenigen fairen und beidseitig akzeptierten Mittel im Naturschutz ist der Vertragsnaturschutz. Dafür stellen Sie aber kaum Geld bereit. Anders ist es beim zu Recht völlig umstrittenen Verbandsklagerecht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollege Meesters zulassen, der auf dem Platz von Frau Voigt-Küppers sitzt? Würden Sie das?

Karlheinz Busen (FDP): Ja, gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Norbert Meesters (SPD): Danke, dass Sie die Frage zulassen. – Herr Busen, Sie haben gerade vollmundig behauptet, dass die Mitarbeiter des LANUV gegen die Nutzer arbeiten. Könnten Sie mir da einige Beispiele nennen, damit ich das einordnen kann?

Karlheinz Busen (FDP): Die Beispiele kann ich Ihnen irgendwann geben, aber meine Zeit läuft hier davon.

(Jochen Ott [SPD]: Die Antwort wird nicht angerechnet! – Zurufe: Ah, ja! – Weitere Zurufe)

– Sie haben den Vereinen, die sichtbar nicht mit beiden Beinen auf den Boden des Grundgesetzes stehen, eingeräumt, das Verbandsklagerecht nutzen zu können. Das ist schon eine Unverschämtheit. Sie geben mehr Geld für ein paar Vereine aus, die unter anderem in Ställe einbrechen und damit meinen, Tier- und Naturschutz zu betreiben – Geld, das für den wirklichen Naturschutz den Tausenden Landbesitzern hätte zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der Haushalt schleppt zudem eine Menge an Planstellen mit sich herum, die in der Realität gar nicht besetzt sind. Das hat das Gutachten von pwc übrigens auch ergeben. Trotzdem wollen Sie noch mehr Planstellen. Ich weiß nicht, wie Sie Ihre Personalpolitik dem Steuerzahler erklären wollen und woher Sie das Geld holen möchten, aber das müssen Sie sich dann überlegen.

Ihr politischer Wille für die Umsetzung einfacher Maßnahmen, zum Beispiel für die Unterstützung der Milchbauern, fehlt komplett. Dabei hat die FDP im Ausschuss einiges vorgetragen, was die Situation der Landwirte verbessern könnte. Aber für die rasche Umsetzung fehlt natürlich das richtige Personal.

Weil das so ist wie jedes Jahr mit dem vielen Geld und den falschen Prioritäten, lehnen wir den Haushalt natürlich ab. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt zu einem anderen wichtigen Thema dieses Haushaltsplans, und zwar zum Klimaschutz und zu den erneuerbaren Energien.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die erneuerbaren Energien ausbauen. Anstatt uns dabei zu unterstützen, legt uns die Bundesregierung immer wieder Steine in den Weg. Vom Klimaschutz und der Energiewende reden, aber dann nichts machen – so sieht die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung aus.

Sie fährt mit einem Klimaschutzplan 2050 nach Marrakesch, der im Grunde genommen noch nicht einmal den Namen richtig verdient. Die Staaten haben sich in Marrakesch verpflichtet, aus der Kohle auszusteigen, und Deutschland bringt einen Klimaschutzplan mit, der nur Symbolik in sich trägt. Deutschland ist dank der Großen Koalition im Bund kein Vorbild mehr beim Klimaschutz.

Auch die erneuerbaren Energien bremst die Große Koalition durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz massiv aus.

(Ralf Witzel [FDP]: Da wird subventioniert!)

– Da wird nicht subventioniert, sondern das ist ganz klar Wirtschaftspolitik. Wir machen damit Deutschland und unsere Energiepolitik zukunftsfest.

Werfen wir doch einmal einen Blick auf das, was Sie wollen, liebe FDP. Die Ausschreibungen für erneuerbare Energien führen dazu, dass im Grunde genommen kein Zubau mehr stattfindet.

(Ralf Witzel [FDP]: Führt zu Effizienz!)

Im April 2015 wurden 150 MW Fotovoltaik ausgeschrieben. Bis heute, anderthalb Jahre später, ist noch nicht mal ein Drittel der ausgeschriebenen Menge gebaut worden. Es bleibt nur noch ein halbes Jahr Zeit, um das aufzuholen. Von dem, was vor einem Jahr ausgeschrieben wurde, ist noch nicht einmal 10 % gebaut worden. Das alles funktioniert nicht. Sie machen das alles nur, um die erneuerbaren Energien auszubremsen. Das ist einfach unredlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das bürgerschaftliche Engagement hat die erneuerbaren Energien im Grunde genommen erst groß gemacht. Die Regelungen, die die Große Koalition jetzt trifft, behindern massiv genau dieses bürgerschaftliche Engagement.

Ein weiteres Thema, bei dem im Grunde ein Punkt nach dem anderen – wir brauchen das hier in Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung der Energiewende – immer weiter kaputtgemacht wurde, ist das Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetz. Wir haben seinerzeit zusammen mit der CDU ein klares Signal in Richtung Bund gesetzt, aber in Berlin wird es erst auf die

lange Bank geschoben und dann eine nicht einheitliche Position eingenommen. Jetzt warten und warten wir, wie es damit weitergeht.

Wir dagegen haben in Nordrhein-Westfalen mit einem verbindlichen Klimaschutzziel klare Vorgaben in einem Klimaschutzplan gesetzt, dessen Maßnahmen jetzt nach und nach umgesetzt werden. Den Vorwurf, der hier eben gekommen ist, dass hier kein Dialog gemacht würde, kann ich ehrlich gesagt nicht nachvollziehen. Wir haben hier mit dem Klimaschutzplan den größten Dialog angestoßen, den es überhaupt gegeben hat. Er hat mehrere Jahre gedauert und wurde auch von Ihrer Seite immer wieder kritisiert. Und dann stellen Sie sich hierhin, Herr Deppe, und sagen, dass nicht genug Dialog stattgefunden habe. Das finde ich wirklich absolut haarsträubend.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nordrhein-Westfalen nimmt in den Bereichen Klimaschutz und Energiewende sowie Ausbau der erneuerbaren Energien massiv Geld in die Hand, um unterstützend tätig zu werden. Hier werden der Klimaschutzplan und die Ziele der Landesregierung zum Ausbau der erneuerbaren Energien konkret mit Mitteln und Personal hinterlegt. Wir können im Vergleich zum letzten Jahr den Projekten fast 12 Millionen € mehr zugutekommen lassen.

Herr Höne, die Kritik, dass wir zu viel für Klimaschutz ausgeben würden, verwundert nicht angesichts der Debatten, die wir sonst führen, da Sie ja Klimaschutz eh nur als nerviges Beiwerk ansehen.

Zu guter Letzt: Ich bin froh, dass wir mit zusätzlichen Anträgen dafür sorgen, dass der kommunale Klimaschutz unterstützt wird. Denn genau hier findet Klimaschutz statt. Die Kommunen haben eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz. Die Klimaschutzmanager müssen dauerhaft gesichert werden und Klimaanpassungsmaßnahmen eben auch.

Dieser Haushaltsplan setzt bei Energie und Klimaschutz genau die richtigen Impulse für unsere Zukunft – im kommenden Jahr und deutlich darüber hinaus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Rammel gemeldet.

Johannes Rammel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Deppe, das, was Sie hier vorgetragen haben, kann nicht ohne Widerspruch bleiben; denn es steht ja nachher im Protokoll, das möglicherweise

von einigen gelesen wird. Außerdem gibt es auch Zuhörerinnen und Zuhörer, die vielleicht nicht so genau im Thema sind.

Sie haben vorgetragen, dass eine Politik gegen die Menschen betrieben würde, und den Menschen würde mit Gesetzen vor den Kopf gestoßen.

Dass diese Menschen, also die Betroffenen, notwendig sind, was eine Mithilfe angeht, steht außer Frage. Aber die Figur, die Sie damit in die politische Diskussion werfen, ist Ihre politische Fiktion. Heute ist deutlich geworden, dass es offensichtlich Ihre Erwartung war, dass Politik so läuft, dass sich die politischen Verhältnisse in eine solche Richtung entwickeln. Dabei verschweigen Sie aber, dass, glaube ich, noch keine Landesregierung so viele Vereinbarungen freiwilliger Art mit den Betroffenen abgeschlossen hat. Kein Wort davon!

Wir haben erst kürzlich eine Streuobstwiesenvereinbarung auf freiwilliger Basis abgeschlossen. Das geschah nicht auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung, sondern unter Mitwirkung der Betroffenen, und das haben sie sehr gerne gemacht. Dafür bin ich dankbar.

Wir haben eine Vereinbarung mit der Landwirtschaft über die Entwicklung und Unterstützung der Biodiversität getroffen. Wir leben jetzt diese Vereinbarung mit den Betroffenen, und natürlich sind diese ganz aktiv dabei. Wir haben eine Vereinbarung – und die Landwirtschaft ist sehr dankbar, dass wir sie getroffen haben – über die Regelungen in der Schweinehaltung und das Kupieren von Schweineschwänzen getroffen. Wir haben eine Vereinbarung mit der Geflügelwirtschaft getroffen, um für Verbesserungen zu sorgen. Noch nie war der Vertragsnaturschutz so ausgestattet und wird so wahrgenommen wie unter dieser Landesregierung.

Zu guter Letzt darf ich darauf verweisen, dass die Kooperationen gerade im Gewässerschutz ausgebaut und mit mehr Finanzmitteln unterstützt worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Daran wird deutlich: Es ist eine politische Fiktion, weil es Ihr politischer Wunsch ist, dass es nicht funktioniert. Das tragen Sie hier als Zwietracht in den Landtag und zwischen die Menschen. Das ist Ihre Politik, die dazu führt, dass die Bürgerinnen und Bürger und die politischen Verantwortlichen auseinanderdividiert werden. Aber das werden wir, meine Damen und Herren, nicht zulassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

An dieser Figur – ja, ich muss es so sagen – wird Ihre verlogene Politik deutlich. Es ist nämlich verlogen, erst in der eigenen Verantwortung den Laden vor die Wand zu fahren, Personalstellen nicht wiederzubesetzen, überhaupt nicht für Ausstattung zu sorgen,

das Programm, das man sich vorgenommen hat, nicht abzuarbeiten, in der Folge das Geld nicht auszugeben und den Hochwasserschutz nicht zu stärken, sich dann aber hinzustellen, wenn sich die Landesregierung aufmacht, Personal und Mittel in Einklang zu bringen, und mehr Mittel zu fordern, ohne gleichzeitig Personal zu fordern. Nein, Sie tun das Gegenteil – das haben Sie auch heute getan –: Sie haben zum wiederholten Male den Personalaufwuchs kritisiert,

(Ralf Witzel [FDP]: Na klar! Den Bürokratieaufwuchs! – Lutz Lienenkämper [CDU]: Zu Recht!)

weil Sie eben nicht einsehen wollen, dass es auch Personal braucht, um Mittel zu verwalten, dass es Personal braucht, um Genehmigungen zu erteilen, dass es Personal braucht, um Strategien auf den Weg zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist verlogene Politik,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Verlogene Politik ist das, was Sie hier machen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

weil man nach außen den schönen Schein markiert und mehr Geld ausgeben will, aber nicht für die notwendige Personalausstattung sorgt.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zulassen?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, ich möchte zum Schluss kommen. – Da, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Deppe, nehme ich den Federschuh auf. Ich werde dafür kämpfen, dass diese verlogene Politik nicht wieder ins Ministerium einzieht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Wiederholte Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 6:10 Minuten überschritten hat. – Für die CDU-Fraktion hat sich jetzt der Kollege Deppe gemeldet.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Die meisten haben die

Debatte nicht mitbekommen. Aber wenn ein Minister so auftritt, wie Herr Rimmel hier aufgetreten ist, dann zeigt das, dass wir genau den richtigen Punkt getroffen haben. Deshalb war es auch gut so, dass wir beides hier erlebt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Rimmel, reden Sie sich die Dinge doch nicht schön. Wann haben sich denn 16 Verbände des ländlichen Raums mit zum Teil unterschiedlichen Interessen zusammengetan? 600.000 Mitglieder repräsentieren diese Verbände,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Die machen CDU-Politik!)

und sie haben die Nase voll von der Politik, die Sie betreiben,

(Beifall von der CDU und der FDP)

die sie gängelt, die ihnen Vorschriften machen will und den Sachverstand ausblendet. Das ist doch das Ergebnis Ihrer Politik und nicht unserer Rederei. Überschätzen Sie doch nicht die Wirkungskraft der Opposition.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben diese Leute auf die Straße getrieben und 15.000 Menschen – so viele, wie noch nie in dieser Wahlperiode – hier vor den Landtag geholt.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Die wurden von Ihnen aufgehetzt!)

Denn sie haben die Nase voll von dem, was Sie tun.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wer zum Naturschutzverband geht und sagt: „Meine Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Parteifreunde, ich habe Ihnen ein Geschenk mitgebracht, nämlich ein Naturschutzgesetz“, der muss sich über diese Reaktionen auf dem Land doch nicht wundern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer einseitig sagt: „Die Naturschutzverbände sind die Guten, und den anderen müssen wir es jetzt mal zeigen mit dem Gesetz“, der bekommt jetzt das Ergebnis dieser Politik zu spüren.

(Norbert Meesters [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie hier sagen!)

– Entschuldigung, aber das stimmt. Ich habe noch kurz vor der Sitzung ein Gespräch mit einem Interessenvertreter geführt, der gar nichts mit der Landwirtschaft zu tun hat.

(Norbert Meesters [SPD]: Was hat er Ihnen denn aufgeschrieben?)

Die Leute kommen doch hierhin und sagen: Tun Sie uns einen Gefallen, und holen Sie den Herrn Rimmel aus dem Ministerium heraus! Der ist doch ein Schaden für das ganze Land.

(Beifall von der CDU und der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wer war das denn? Den Namen!)

Das wissen wir doch, dass Nordrhein-Westfalen in den meisten Kennwerten, vor allen in den wirtschaftlichen, an letzter Stelle steht. Dass Herr Groschek mit seinem Autobahnausbau nicht weiterkommt, hat doch damit zu tun, dass

(Norbert Meesters [SPD]: Apokalypse!)

Sie an den entscheidenden Stellen das Land blockieren. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Ellerbrock gemeldet.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Michael Hübner [SPD]: Jetzt nicht vermittelnd werden!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden vielleicht wissen, Johannes Rimmel und ich waren zehn Jahre umweltpolitische Sprecher.

(Michael Hübner [SPD]: In einer Fraktion? – Weitere Zurufe von der SPD)

Das bin ich heute nicht mehr. Ich bin heute für den Baupolitik- und Planungsbereich zuständig und halte mich aus diesen Sachen heraus. Aber eines hat mich eben getroffen, Kollege Rimmel, weil es aus meiner Sicht an der Realität vorbeigeht. Das war Ihre Bemerkung, dass hier unverantwortlich gehandelt worden wäre und Sie letztendlich einen Laden übernommen hätten, mit dem die Aufgaben nicht hätten bewältigt werden können.

(Michael Hübner [SPD]: Das war so!)

Sie gehen dabei aber von der aus meiner Sicht falschen Voraussetzung aus, dass öffentliche Aufgaben nur mit Staatsbediensteten, mit dem öffentlichen Dienst erledigt werden können.

(Norbert Meesters [SPD]: Da hat ja nicht geklappt! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Ach, Herr Kollege Meesters, da sollte man aufgrund Ihrer Erfahrung vielleicht ein bisschen zurückstehen.

(Ralf Witzel [FDP]: Da muss er aber noch viel lernen!)

Wir geben doch hoheitliche Aufgaben in andere Bereiche ab. Der TÜV und die DEKRA erledigen hoheitliche Aufgaben bei den Autokontrollen.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist doch schiefgegangen!)

Der Schornsteinfeger ist ein beliebener Unternehmer und kann Entscheidungen treffen. Er kann mit der Polizei in Ihre Wohnung hineingehen. Das heißt, wir gehen weit in den persönlichen, geschützten Bereich hinein. Das war auch die Konzeption von Schwarz-Gelb,

(Norbert Meesters [SPD]: Misslungen! – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

zum Beispiel Ingenieurkapazitäten

(Weitere Zurufe)

– ach, Leute, Zuhören ist auch eine Fähigkeit –

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

auch für solche Sachen langfristig zu binden. Das gilt nicht nur für den Bereich Umweltschutz, das gilt für den Bereich Verkehr ganz genauso. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille ist, dass man auch einmal überlegen muss: Wie kann ich mit vorhandenem Personal die Aufgaben erledigen? Und welche Aufgaben? Da muss ich Prioritäten setzen.

Ich stimme Ihnen zu – auch das gehört zur Wahrheit; darüber haben wir uns auch schon unterhalten –, im Bereich der Gewerbeaufsicht, in der Beratungsfunktion gibt es Probleme. Das sehe ich heute auch noch. Wir haben die Idee gehabt, dass private Ingenieurbüros, die zertifiziert sind, die in hoheitliche Aufgaben eingebunden werden können, Aufgaben, die Sie heute anmahnen – es wäre unverantwortlich, die zur Seite gelegt zu haben –, hätten erfüllen können. Damit wäre für die Behörden bei weniger Personal nämlich die Beratungsfunktion in den Vordergrund gerückt worden,

(Jochen Ott [SPD]: Die Stimmung haben Sie jetzt kaputtgemacht!)

weil die operative Arbeit in den zertifizierten Ingenieurbüros hätte erarbeitet werden können. Das war das System. Dieses System, das kann man gut finden, das kann man schlecht finden – das ist bei Ihnen so –, aber das ist nicht verantwortungslos gewesen. Das war verantwortungsvoll, weil das ein Lösungsansatz war. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Die Grünen spricht noch Herr Kollege Rüße.

(Jochen Ott [SPD]: Die Stimmung war gerade besser!)

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, was Sie gerade hier abgezogen haben, finde ich – ehrlich gesagt – unterirdisch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie gezeigt haben, das ist Politik von gestern und nicht eine nach vorne gerichtete Politik.

(Norbert Meesters [SPD]: Von Vorgestern! – Michael Hübner [SPD]: Von Vorgestern!)

– Ja, von Vorgestern. Das stimmt, das trifft es besser.

Sie führen immer die 15.000 Menschen an, die hier waren und demonstriert haben. In der Tat, das war eine eindrucksvolle Demonstration von 15.000 Jägern – ja, das stimmt –, aber die vertreten doch nicht die 6 Millionen Menschen, die im ländlichen Raum leben. Das ist an der Stelle doch entscheidend.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie über das Jagdgesetz diskutieren, dann reden Sie mit allen Menschen in diesem Land, mit allen 18 Millionen Menschen. Da wird Ihnen die Mehrheit sagen: Es ist gut, dass wir da zu neuen Regelungen gekommen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Herr Deppe, alles, was Sie wollen, ist, dieses Land zu spalten. Sie wollen spalten. Das lassen wir nicht zu. Das wollen wir an der Stelle nämlich nicht.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie tun es aber!)

Wenn ich an Ihre Zeit zurückdenke, als Sie das Umweltministerium verwaltet haben – der liebe Gott möge uns davor beschützen, dass es wieder dazu kommt. Ich sage nur: Klausner-Verträge. Was Sie da dem Land wahrscheinlich an Schaden zugefügt haben, das reicht für alle Zeiten vollkommen aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und was wir mit den ELER-Mitteln im ländlichen Raum machen können! Ich weiß gar nicht, was immer der Vorwurf soll, wir würden nicht genug tun für den ländlichen Raum. Das ist einfach faktisch gar nicht zu halten. So viele Mittel hat es für Breitbandausbau im ländlichen Raum, für die Entwicklungspolitik dort, für Strukturpolitik noch nie gegeben. Das sollten Sie endlich anerkennen. Dafür sollten Sie den Minister loben, anstatt hier immer kleines Karo abzuliefern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13510 angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13515

In Verbindung mit:

Investitionsprogramm für mehr IT- und Patientensicherheit in NRW! Die Landesregierung muss 600 Millionen Euro in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser investieren!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13523

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen jetzt über den Einzelplan 15. Ich könnte eigentlich meine Rede zu Protokoll geben, denn ich habe die Rede schon im letzten Jahr gehalten.

(Ministerin Barbara Steffens: Das wäre schön! – Weitere Zurufe)

Im letzten Jahr sind viele Pressemitteilungen zu Reden der Ministerin herausgegeben worden. Allerdings ist mit Blick auf die drängenden Probleme in unserem Land nichts geschehen.

Ich denke an die Krankenhausfinanzierung. Die Krankenhausgesellschaft sagt: In NRW haben wir einen Investitionsstau von 12,5 Milliarden €. Für das Notwendigste benötigen wir 1,5 Milliarden €. Die Mittel und die Investitionsmittel sind nicht erhöht wor-

den. – Die Summe, die draufgesetzt worden ist, umfasst die Mittel, die das Land als Kofinanzierung bereitstellt, damit wir die Mittel des Bundes bekommen.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt doch gar nicht!)

Ich kann nur sagen – da gebe ich den Krankenhausvertretern recht –, dass die Krankenhäuser, die einige Protestwellen in den letzten Wochen und Monaten in Nordrhein-Westfalen zu ihrer Situation durchgeführt haben, am Stock gehen. Das geht zulasten des Personals, und zwar zulasten des Pflegepersonals. Denn die Mittel, die die Krankenkassen zur Verfügung stellen, werden so weit beim Pflegepersonal gekürzt, weil wir keine Basis haben, wie viel Pflegepersonal auf einer Station eingesetzt werden muss. Die wenigen Kräfte im Pflegebereich, die wir haben, müssen über Gebühr arbeiten. Das geht – das weiß jeder, der einmal in einem Krankenhaus gewesen ist – zulasten der Patienten. Bei der Krankenhausfinanzierung ist nichts passiert.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt doch gar nicht!)

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle angeführt: Zugesagt ist, dass 2015 der Krankenhausbedarfsplan umgesetzt werden sollte. – Meine Damen und Herren, bis heute ist nichts passiert.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

– Es ist nichts passiert im Bereich des Krankenhausbedarfsplans.

(Ministerin Barbara Steffens: Herr Burkert!)

Es ist noch schlimmer, wenn sich Krankenhäuser bemühen, in Eigeninitiative Änderungen herbeizuführen. In meiner Heimatstadt wurde 2011 der Antrag von einem Haus im Bereich der Psychiatrie gestellt. Bis heute ist keine Umsetzung erfolgt. Das sind fünf vertane Jahre. In der Zeit hätten wir im Bereich der Psychiatrie Möglichkeiten schaffen können, weil wir dort einen riesigen Mangel an Plätzen haben, die Menschen Schlange stehen und lange Wartezeiten haben.

Bei einem weiteren Punkt hat sich nichts getan – wir merken das immer mehr an den Zuständen in den ländlichen Bereichen –, nämlich beim Ausdünnen der Zahl der Hausärzte. Noch schlimmer fällt dieses Ausdünnen bei den Fachärzten ins Gewicht. Lange Wege müssen in Kauf genommen werden, um Fachärzte in den Städten und Ballungsgebieten aufzusuchen. Nichts ist passiert.

Wir haben bereits vor zwei Jahren ein Papier auf den Weg gebracht und in den Landtag eingebracht, wie wir diese Mängel beheben könnten und welche Möglichkeiten wir nutzen sollten, damit wir denselben Versorgungsstandard im ländlichen Raum haben.